

DIE NOVELLIERUNG DES (STUDENTISCHEN PROTESTS GEGEN DIE NOVELLIERUNG DES) HOCHSCHULGESETZES

5

1. Die Sache

Wenn der Staat sich daran macht, seine Hochschulgesetzgebung zu ändern, so ist das von vornherein eine sehr relative Angelegenheit. Der Standpunkt, der da geltend gemacht wird - die Hochschule soll den Anliegen des Staates genügen -, gilt nämlich für diese Einrichtung des öffentlichen Rechts schon vor solch einem Akt und vor allem viel prinzipieller, als sich den paar neu hinzukommenden kleinlichen Reglementierungen von Studium und Finanzen entnehmen läßt. Als Freiheit der Wissenschaft organisiert der Staat das Nachdenken an den Universitäten schließlich nicht deswegen, weil er ein Faible für zweckfreie Ideenbildung hat, sondern weil die Wissenschaft nur in dieser Trennung vom praktischen Leben in einer marktwirtschaftlich und demokratisch ausgerichteten Gesellschaft funktional ist für die dort herrschenden Interessen: Arbeitgeber und -nehmer, Beamte und Bauern haben ein jeweils standesgemäßes Bedürfnis nach richtigen Erklärungen der Natur sowie ein Recht auf rechtfertigende, verkehrte Gedanken über das Weiß-warum der Gesellschaft. Sie alle verlangen vom Sozialstaat die Befriedigung ihres naturkundlichen und weltanschaulichen Wissensdurstes. Also hat der Staat das Forschen und Lehren als selbständigen Stand eingerichtet, der daraufhin furchtbar stolz ist auf seine Freiheit, lauter gesellschaftsdienliches Gedankengut hervorzubringen. In ihrer Selbständigkeit entwickelt die Wissenschaft allerdings auch ein Eigenleben, von dem noch gar nicht heraus ist, ob es der Staat auch für nützlich und förderungswürdig hält. Die Beurteilungskriterien, die zur Klärung dieser Frage angewendet werden, sind denkbar einfach: Zum einen soll bei der ganzen Bildungsveranstaltung eine Elite herangezogen werden, mit der sich Staat machen, das Publikum unterhalten, ein Nobelpreis nach dem anderen erringen und international angeben läßt. Zum anderen kostet das Ganze Geld, also immer eigentlich zuviel.

Wie der Staat diese beiden Kriterien zur Anwendung bringt, das läßt sich an den Konjunkturen seiner Hochschulpolitik und -gesetzgebung ablesen. So hat es einmal Zeiten gegeben in denen der Standpunkt geltend gemacht wurde, die BRD vernachlässige in ihrer Jugend ein Potential nationaler Größe, was sich gerade eine Nation, die international wieder an Bedeutung gewinnt, nicht leisten könne. Der Abiturientenausstoß wurde vergrößert, der Zugang zu den Hochschulen erleichtert, und die Universitäten wurden ausgebaut. Heutzutage gilt hingegen der Standpunkt, daß die Ankurbelung des universitären Getriebes ziemlich viel Unnützes hervorgebracht hat, das sich der Staat sparen will, weil er sein Geld nun besser zu verwenden gedenkt; vor allem hält er eine Akademikerarbeitslosigkeit für völlig sinnlos. So drängt er mit rechtlichen und finanziellen Auflagen einerseits auf eine Verkürzung und Straffung des Studiums und auf eine Ausdünnung der Studentenschaft samt Lehrkörper. Das ist die staatliche Lösung für das "akademische Proletariat": Es sollen gar nicht erst so viele zu diesem offiziell anerkannten Problem werden, das

40

immerhin auch ebenso anerkannte Ansprüche an den Staat nach sich zieht - die Probleme des herausfallenden Restes sind dann nämlich dessen private Sorge. Auf der anderen Seite findet ein Ausbau der Fächer und eine Konzentration auf die Studiengänge statt, die dem Staat wesentlich sind. Sein Bedürfnis in Sachen Elite, mit der er international etwas darstellt und die sich heute High Tech buchstabiert, kommt über sein Sparprogramm jedenfalls nicht zu kurz.

2. Die Deutung

Merken kann man an dieser Gesetzesnovelle allemal, daß die Wissenschaft im Dienste eines staatlich definierten gesellschaftlichen Bedarfs betrieben wird und ihr Studium nicht auf ein privates Bildungsbedürfnis, sondern auf die Herausbildung einer nationalen Elite berechnet ist. Wenn Studenten sich darüber aufregen, daß durch das neue Hochschulgesetz die Wissenschaft zu einer staatsnützlichen Einrichtung und ihr Studium zu einer Elitebildungsveranstaltung vergewaltigt würde, dann täuschen sie sich schwer. Sie müssen glatt den Witz verpaßt haben, daß die freiheitlich betriebene Wissenschaft und ihr Studium gar nichts anderes sind. Ausgerechnet zu Zeiten, in denen der Staat klarstellt, worin das Ethos der Wissenschaft und der soziale Charakter des Studiums besteht, machen sich Studentenvereine mit ihrem Anhang daran, für den Glauben an die menschenfreundlichen Ideale der gehobenen Bildung zu werben und im Namen dieses Glaubens "unser Studium" zu verteidigen. Das ist erstens gedankenlos. Denn wenn etwas dran ist an der Klage über die Funktionalisierung der universitären Ausbildung für Zwecke, die man nicht geneigt ist zu teilen, dann wird "unser Studium" schon entsprechend beschaffen sein und es nicht verdienen, auch noch verteidigt zu werden. Hochschulpolitik ist eben ein borniertes Vorhaben, wenn man gerade entdeckt haben will, daß die große Politik die Hochschule für "gemeingefährliche" (SHB) Zwecke einspannt. Zweitens ist es eine Illusion, den Staat, der gerade den Nutzen des Studiums neu definiert, mit den Idealen einer höheren Nützlichkeit des Studierens beeindrucken zu wollen. Zwischen konstruktivem Dafürsein und "Abwehrkampf" muß man sich schon irgendwann entscheiden!

Drittens ist es ziemlich entlarvend, wie das Herausstreichen der eigenen sozialen Funktion zusammenfällt mit der Klage, man möchte doch bitte in seiner Konkurrenz nicht behindert werden. Karrieresorgen, die der Staat den Studenten bereitet, werden da aufgeplustert zu einem Anschlag auf alles Menschliche in der Gesellschaft, das bezeichnenderweise in dem Ideal der Chancengleichheit festgehalten und der Elitebildung entgegengehalten wird: als wäre Gerechtigkeit in der Konkurrenz das Gegenteil von ihr und eine Kritik an ihr. Und weil niemand außer den Studentenvereinen selbst das Problem hat, daß die universitäre Ausbildung zu unsozial vonstatten geht und mehr Chancengleichheit angesagt ist - weder die Studenten noch die ihrer Chancen Beraubten haben es angemeldet -, das Ganze aber als Studentenpolitik Eindruck machen soll, wird schließlich viertens die Angelegenheit auch noch peinlich:

3. Die Bewegung

besteht hauptsächlich darin, über ihre eigene Möglichkeit zu reflektieren:

"Chancen massenhaften Widerstands... Mach mit - es lohnt sich! Jetzt kommt es vor allem darauf an, uns gegenseitig zu informieren und nur Vollversammlungen über unser gemeinsames

Vorgehen zu beraten.” (SHB) Dieses vollversammelte “Wir” ist schon ein eigentümliches Subjekt. Bei Lichte besehen besteht es aus einer Handvoll akademischer Vereinsmeier und ein paar Studenten, die sich in den Pausen ihres Studiums einmal nicht alles gefallen lassen wollen. Ideologisch betrachtet handelt es sich aber um die Gesamtheit aller gebeutelten Studenten.

5 Deswegen beschäftigt sich diese Versammlung letztlich nur mit einem Thema: dem Beweis, daß im Grunde ideell und eigentlich alle zum Protest versammelt sind. Ihre Wortführer versuchen dem Rest der Studentenschaft, der davon noch gar nichts gemerkt hat, nachzuweisen, daß er angesichts der drohenden Hochschulreform gar nicht mehr studieren kann. Mit der Versicherung, im Grunde wären alle schon zum “Abwehrkampf” vereint, versucht man ein paar Studenten aus ihrem
10 Studientrott heraus- und in den Protest hineinzulocken. Jede Hundertschaft, die ich irgendwo im Geiste der Empörung zusammengefunden hat, wird zum Vorbild für andere Zehntausend, die zum Erfolg bloß noch fehlen. Andererseits ist es dann auch schon der Erfolg, wenn die Zehntausend sich auf einer Demonstration zusammenfinden oder 400 Germanistikstudenten mit einer einstimmig beschlossenen Resolution den Kultusminister das Fürchten lehren. Wenn irgendeine
15 Autorität, ein Professor, Rektor oder gar ein Politiker die Berechtigung des Protests bestätigt, dann nimmt die Bewegung gleich einen Aufschwung. Dann erfährt nämlich vielleicht sogar der brave Karrieremacher wenigstens aus dem Fernsehen, wofür er gerade “kämpft”, und daß das sogar erlaubt ist.

Das Ganze ist nicht mehr als

20 **4. Studentenpolitik**

Also keine Politik. Denn Studenten sind in der Demokratie gar nicht dafür vorgesehen, daß sie etwas Politisches durchsetzen. Also ist immer lächerlich, wenn sich Studentenvertreter wie etwas klein geratene Parlamentarier aufführen und so tun, als hätten sie politische Druckmittel in der
25 Hand. Solange sie auf eine Kritik der politischen Zwecke des Studiums keinen Gedanken verschwendet und partout als “Studenten” auftreten will, bleibt diese “Bewegung” so trostlos und borniert, wie sie ist.

30